



Presseinformation der Stadt Guben vom 17. Juni 2020, 16:00 Uhr

Erklärung des Bürgermeisters im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juni 2020

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Guben,
in den vergangenen Wochen haben uns leider zwei Vorfälle überregionale Aufmerksamkeit verschafft. Was sind die Fakten aus behördlichen Informationen:

Auszug Polizeibericht vom 18.05.2020

2379. LK SPN, Guben: Am späten Samstagabend wurden vier im Gubener Stadtpark sitzende Bewohner des Asylbewerberheimes von etwa 15 bis 20 weiblichen und männlichen Jugendlichen, die teilweise verummmt waren, umkreist und verbal attackiert. Zwei Asylbewerber konnten flüchten, die zwei anderen wurden aus der Personengruppe herausgeschlagen, getreten und fremdenfeindlich beschimpft. Ein 16-jähriger Jugendlicher aus Guinea und ein 19-jähriger Marokkaner wurden verletzt und mussten ambulant in einem Krankenhaus behandelt werden. Weitere Ermittlungen zu diesem Landfriedensbruch übernahm der kriminalpolizeiliche Staatsschutz.

Auszug Polizeibericht vom 23.05.2020

2472 LK SPN, Guben: Am Freitagabend gegen 19:00 Uhr wurden in der Damaschkestraße drei Männer im Alter von 20 bis 33 Jahren aus Somalia, Äthiopien und Eritrea, als sie mit Fahrrädern unterwegs waren, angegriffen. Ein PKW fuhr so dicht an den Männern vorbei, dass einer von ihnen vom Fahrrad springen musste. In der weiteren Folge fuhr sich der PKW auf einer Bordsteinkante fest. Die Fahrzeuginsassen flüchteten. Die über Notruf verständigte Polizei konnte noch in den späten Abendstunden zwei tatverdächtige Deutsche im Alter von 20 und 25 Jahren, die der Polizei bereits bekannt sind, vorläufig festnehmen. Die Ermittlungen dauern an.

Darüber hinaus gab es durch die Polizeidirektorin Bettina Groß in diesem Zusammenhang zuletzt noch folgende Informationen:

Vorgang Stadtpark:

Eine Information an die Polizei ist erst nach der Tat erfolgt. Der Angriff hat nach aktuellem Stand einen rassistischen Hintergrund. Zumindest Äußerungen von 4 Beteiligten lassen darauf schließen. Zwei Geschädigte befanden sich in ambulanter Behandlung. Die Ermittlungen beinhalten den Vorwurf von Landfriedensbruch.

Vorgang Damaschkestraße:

Ein Fahrzeug hat versucht drei junge Fahrradfahrer abzu drängen. Dabei wurde das Fahrzeug beschädigt. Der Halter des Fahrzeugs konnte ermittelt werden und im Rahmen der Ermittlungen wurden Personen vorläufig festgenommen und nach einer Vernehmung wieder entlassen.

Es ist nicht Aufgabe der Bürger oder des Bürgermeisters, sondern der Polizei und der Justiz, die Umstände der Taten aufzuklären und angemessene Konsequenzen zu ziehen.

Unabhängig von den noch laufenden Ermittlungen möchte ich in diesem Zusammenhang folgende Erklärung abgeben:

In unserer Stadt leben wir aktuell mit über 50 Nationalitäten in einer kommunalen Gemeinschaft. Unter den rund 17.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind 1.630 Männer, Frauen und Kinder, die

nicht in Deutschland geboren sind. Über ein Drittel der aktuell 1.438 gewerblich tätigen Unternehmen, also die Chefs in den Unternehmen unserer Stadt, beschäftigen nicht in Deutschland geborene Frauen und Männer. Unsere Stadt lebt deshalb vom aktiven und respektvollen miteinander.

Auch deshalb ist, jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht zu tolerieren. Derartige Verhaltensweisen widersprechen nicht nur meiner Auffassung über das Leben in einer demokratischen Grundordnung, sondern gefährden die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt. Deshalb kann es für diese Gesinnung keinen Platz in unserem Land und unserer Stadt geben. Auch wenn es in unserer Stadt Ängste vor einer ungewissen Zukunft gibt, auch wenn Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie unser Leben in den letzten Monaten auf eine harte Probe gestellt haben, begründet das nicht den Schulterschluss mit Hass, Hetze und Gesetzlosigkeit.

Ich appelliere deshalb an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, sich eindeutig zu den demokratischen Grundwerten zu bekennen und Ausländerfeindlichkeit und Rassismus eine Absage zu erteilen. Ich bin zutiefst besorgt, dass diese Taten und die daraus resultierenden Nachrichten das Ansehen unserer Stadt beschädigen, das Ansehen unserer Stadt, die ich selbst tagtäglich anders erlebe. Umso wichtiger ist es, dass sich die demokratischen Kräfte, auch hier in der Stadtverordnetenversammlung, zu Wort melden und ein klares Signal aussenden.

Liebe Gubenerinnen und liebe Gubener,
Zuwanderer, die bei uns Schutz suchen oder hier leben wollen, haben sich vom ersten Tag ihres Aufenthalts an unsere Regeln zu halten. Es kann nicht sein, dass Menschen, die die Annehmlichkeiten unseres Landes und unserer Stadt nutzen, aber nach ihren eigenen Regeln leben wollen. Das Leben in unserer Gemeinschaft bestimmen einzig und allein unsere Gesetze und Normative. Und das gilt für alle Nationalitäten. Auch wenn es nicht in unserer Stadt lebende Situationskritiker für unmöglich halten: Guben ist eine lebens- und lebenswerte Stadt mit großen und auch wiederkehrenden Herausforderungen. In der Vergangenheit und auch jetzt müssen wir in Guben fast allein für eine gesamtgesellschaftliche Problematik den Kopf hinhalten. Diese Herausforderungen, unterschiedlichster Art, haben wir bisher und werden wir auch zukünftig annehmen und mit einem höchstmöglichen bürgerschaftlichen Engagement lösen. Wer uns dabei unterstützen will ist herzlich eingeladen. Ich wünsche und erwarte von uns allen Handeln statt Meckern, eine gemeinschaftliche Initiative für ein friedliches und offenes Miteinander. Wir dürfen nicht in einen Zustand von permanenter Meckerei und Resignation verfallen.

Es ist schier unerträglich, mit welcher Menschenverachtung in den sozialen Medien gegen Andersaussehende und Andersdenkende gehetzt wird. Gefragt ist ein konkretes, menschliches und von gegenseitigem Respekt geprägtes Handeln jedes Einzelnen - zum Wohle Aller und besonders unserer Stadt. Dazu gehört auch eine wahrheitsgemäße Wiedergabe von Geschehnissen in den Medien. Wahrheitsgetreue, sachgemäße und auch rückhaltlose Berichterstattung müssen dabei die wichtigsten Grundsätze der Medien sein. Damit kann auch gesichert werden, dass Missstände erkannt und beseitigt werden. Missstände, die vielleicht auch ihren Ursprung weit in der Vergangenheit haben. Aber - nicht der Journalist bestimmt die Geschehnisse, sondern er recherchiert und kommentiert. Nicht jeder Beitrag, so mein Eindruck, wird dieser Qualität gerecht. Aber es wäre völlig falsch, Journalismus für Probleme in einer kommunalen Gemeinschaft verantwortlich zu machen.

An dem Vorfall im Stadtpark waren nach Aussagen der Polizei besonders junge Menschen beteiligt. Gewalt, wem gegenüber auch immer, kann auch nicht unter heranwachsenden Menschen toleriert werden. Es wäre völlig unzureichend, diesen Übergriff als Ausnahme oder als Normalität pubertierender Mädchen und Jungen einzustufen. Eltern und Großeltern, Erzieher, Pädagogen und Sozialarbeiter, Trainer und viele sozial engagierte Menschen in unserer Stadt versuchen tagtäglich, die Normative eines friedlichen Miteinanders an die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu vermitteln.

Eine Lehre aus der aktuellen Situation in unserer Stadt ist es eben auch, dass es nicht reicht, wenn an der Tür "Schule gegen Rassismus" steht oder, wenn wir monatlich ein "Allerweltscafé" durchführen. Es muss eine breite und öffentliche Haltung zu spüren sein und eine Bereitschaft, sich gegenseitig zu unterstützen.

Extremismus beginnt nicht erst da, wo Menschen bedroht und verletzt werden, sondern dort, wo Rassismus und Antisemitismus in den Alltag einfallen und sich widerstandslos verbreiten können. Gerade für unsere Kinder ist das eigene Verhalten in den Elternhäusern in der Entwicklung von maßgeblicher Bedeutung. Das ist nicht neu und ändert sich auch nicht, wenn unsere Kinder in den Einrichtungen betreut werden. Aber wenn es Unstimmigkeiten in der Vermittlung von Werten unserer Gesellschaft zwischen den Erziehern und Pädagogen und den Elternhäusern gibt, führt das zur Verunsicherung einer ganzen Generation.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
womit ich als Bürgermeister der Stadt Guben, Bürger und Vater nicht leben kann, ist ein Klima von Hass, Gewalt, Intoleranz und vor allem Wegschauen. Das ist der Nährboden, auf dem Demokratiefeindlichkeit wächst. Unser aller Aufgabe ist es jetzt, hier erneut aufzustehen und deutlich zu machen, dass die Stadt unendlich mehr ist, als die Diskriminierung von Menschen aus anderen Ländern. Es ist auch unsere Verantwortung gegenüber den Menschen, die heute vor 67 Jahren, also am 17. Juni 1953 auf die Straße gegangen sind und den Menschen die dafür gekämpft haben, dass wir in diesem Jahr den 30. Jahrestag der deutschen Einheit begehen können.

Die Stadt Guben sind wir. Menschen mehrerer Generationen und Nationalitäten, unterschiedlichster Lebenseinstellungen, vielfältigster Ideen und Meinungen. Unsere Gemeinschaft stützt sich auf die Regeln des Rechtsstaates, auf die Freiheiten aber auch auf die Grenzen, die er setzt. Wer sich zu dieser Ordnung bekennt sollte immer einen Platz in unserer Mitte bekommen.

Ich hoffe, dass Sie mit mir aufstehen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!